

CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12 | 70173 Stuttgart

Herrn Landersvorsitzenden
Alexander Schmid
BSBD-Landesvorstand
Am Torkel 2
78531 Bodman

Der Vorsitzende

15. November 2017/TB

Staatshaushaltsplan 2018/2019

Sehr geehrter, lieber Herr Schmid,

die Landesregierung hat inzwischen ihren Entwurf zum Staatshaushaltsplan 2018/2019 in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Am 22. November 2017 wird der Finanzausschuss des Landtags u.a. den Einzelplan 05 des Ministeriums der Justiz und für Europa, über den der Justizvollzug finanziert wird, beraten. Die Regierungsfractionen werden nunmehr Änderungsanträge zum Regierungsentwurf des Staatshaushaltsplans in das parlamentarische Verfahren einbringen.

Im sich zu Ende neigenden Jahr haben die Regierungsfractionen mit der von ihnen eingerichteten Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ einen Schwerpunkt ihrer rechtspolitischen Arbeit auf die Verbesserung der Arbeits- und Haftbedingungen im Justizvollzug gelegt. Die überwiegende Mehrzahl der Änderungsanträge zum Einzelplan 05 betrifft daher den Justizvollzug. Außerdem steht die CDU-Landtagsfraktion für eine gute personelle Ausstattung unserer Justiz!

Ein Änderungsantrag bezieht sich explizit auf die vom Bildungszentrum Justizvollzug übernommene frühere Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Heimsheim „Kelterle“. Eine angemessene Unterbringung während der Ausbildungszeit der Anwärterinnen und Anwärter soll künftig auf Grund der von Ihnen, lieber Herr Schmid, angeregten Modernisierung der Räumlichkeiten und vor allem deren Inventar möglich sein. Hierfür ist ein Gesamtbetrag von 60.000 € für das Jahr 2019 vorgesehen.

Nachdem die Finanzierung des Projekts ReSo in der Justizvollzugsanstalt Adelsheim wie auch des Projekts ZAP in der Justizvollzugsanstalt Ravensburg Ende des Jahres 2017 auslaufen wird und für die Fortführung aller Projekte bis zum Ende der Förderperiode im Jahr 2020 nicht genügend Mittel des ESF zur Verfügung stehen, sollen die beiden Projekte ZAP Ravensburg und ReSo Adelsheim im Landeshaushalt verstetigt werden.

Zwar stehen die abschließenden Beratungen im Landtag noch bevor, wir sind aber davon überzeugt, die notwendige Mehrheit für uns gewinnen zu können, so dass in 2018 und 2019 voraussichtlich insgesamt 500.000 € zur Verfügung gestellt werden können.

Zu den vordringlichen Aufgaben des Justizvollzugs gehört es, Gewaltausübung zum Nachteil der Bediensteten wie auch unter den Gefangenen zu verhindern. Aus diesem Grund sollen in einem Projekt „Null Toleranz gegenüber Gewalt im Justizvollzug“ in zunächst drei Anstalten mit insgesamt 50.000 € auf eine stärkere Verankerung der Gewaltprävention im Anstaltsklima hingewirkt und anstaltsbezogen Vorschläge zur weiteren Gewaltprävention entwickelt und umgesetzt werden.

Darüber hinaus enthält der von den Regierungsfractionen getragene Regierungsentwurf des Staatshaushaltsplans bereits Verbesserungen für den Bereich der allgemeinen Justiz und des Justizvollzugs: Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 werden insgesamt 67 Neustellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen und damit auch und gerade eine effektivere Strafverfolgung ermöglicht. Daneben wird es zur Bewältigung der Asylverfahrenswelle allein für die Verwaltungsgerichte im Land 55 Neustellen, davon 24 Richterstellen geben. Darüber hinaus erfolgt die Stärkung der Sicherheit in den Gerichten mit 64 Neustellen für Justizwachtmeister.

Die personelle Lage in den Justizvollzugsanstalten ist sehr angespannt, durch hohe Belegungszahlen, psychisch auffälligen Gefangenen und Insassen mit Sprachbarrieren. 151 Neustellen für Justizvollzugsbedienstete in den beiden kommenden Jahren werden zwingend benötigt und geschaffen zur Verbesserung der Sicherheitsstandards in den Vollzugsanstalten und zur Umsetzung von Maßnahmen zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen.

Für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und Ihre konstruktive Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ bedanken wir uns recht herzlich, bei Ihnen und Ihrem Team und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL
Fraktionsvorsitzender

Tobias Wald MdL
Finanzpolitischer Sprecher

Dr. Bernhard Lasotta MdL
Rechtspolitischer Sprecher

Karl Zimmermann MdL
Strafvollzugsbeauftragter